

so würde er seine beschworene Pflicht verletzen und das Richteramt nicht mehr mit Ehren verwalten dürfen. Es steht so wenig in der Befugnis des Richters, ein Verbrechen nach Willkür ungeahndet zu lassen, daß er vielmehr durch sein Amt gezwungen ist, einzuschreiten, seine politische Ansicht mag sein, welche sie will."

S Düsseldorf, 30. Dec. Ein Fremder, welcher unsere Stadt jetzt besuchte, würde sich wohl nicht träumen lassen, daß dieselbe sich im Belagerungszustande befindet. Wir hoffen derselbe wird die längste Zeit gedauert haben, denn die Stadt ist vollkommen ruhig. — Es geht das Gerücht, der Präsident v. Spiegel werde von seinem Posten entfernt werden. Dieser Beamte hat während seiner eifjähri gen Wirk samkeit, nicht wenig für Verbesserung der öffentlichen Gebäude im hiesigen Regierungsbezirk gethan, deßhalb wird man auch in allen Theilen des hiesigen Regierungsbezirkes, abgesehen von den politischen Ansichten, sich seiner mit Anerkennung erinnern.

Wien, 26. Dec. Rudriaffsky, der österreichische Seemann, geht von hier aus nach Frankfurt, um im Dienst der Reichsgewalt die Leitung der Flottenangelegenheiten zu übernehmen. Man wünscht von Seiten der Regierung sehr, daß Kübel in das Finanzministerium trete. Das Loyd meint jedoch in halbamtlicher Weise, daß Kübel nur mit gutem Rath aus dem Schatzkasslein seiner Erfahrungen aushelfen solle, ohne in's Ministerium zu treten. Zalesky (Gouverneur zu Lemberg,) soll an Stadions Platz Unterrichtsminister werden. — Nach verschiedenen Angaben soll ein Verfassungsentwurf fix und fertig sein, um nach preussischem Muster aufzutreten, insofern die Vereinbarung mit dem Reichstag nicht zu Stande käme. Indessen steht zu hoffen, daß die Regierung sich nicht zu einem solchen Schritte werde hinreißen lassen, sondern lieber die dornenvolle Bahn der Vereinbarung wandle. Rh. B.-G.

— Vom Kriegsschauplatz in Ungarn vernehmen wir, daß sich der Marschall Fürst Windischgrätz am 25. Dec. mit seinem Generalstabe in Hochstraß befand. Der Banus von Croatien hatte am 24. Dec. das Flußchen Rabnitz überschritten und war auf der Straße gegen Papa vorgerückt. —

**** Frankfurt, 28. Dec.** Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wurde um 9 Uhr durch den Präsidenten Simson eröffnet. Viele Deputirte sind abwesend. — Nachdem drei Mitglieder der Versammlung ihren Austritt angezeigt haben, verliest der Präsident mehrere Beiträge für die deutsche Flotte und für die Reichs-Bibliothek, und macht hierauf die Anzeige, daß bis gegen den 12. Januar die Arbeiten der Heizung und Erleuchtung der Paulskirche (wo die Nationalversammlung früher ihre Sitzungen hielt) beendet sein werden.

Der Kriegsminister besteigt die Tribüne, um auf die in voriger Woche gestellten Interpellationen der Herren Königer und Würth, die militärische Besetzung Schwarzburg-Rudolstadt und Sigmaringens betreffend, zu antworten. Die Besetzung habe Statt gefunden in Folge der anarchischen Zustände in den beiden Ländern, und wenn auch jetzt die Ruhe hergestellt sei, so bedürfe es noch einer längeren Aufsicht, die sich übrigens für Schwarzburg auf drei und für Sigmaringen auf zwei Compagnieen reduciren. (Gelächter.) — Die beiden Interpellanten erklären sich von dieser Antwort nicht befriedigt und behalten sich Anträge vor.

Der Minister des Innern wird die früher gemachten Interpellationen in der Sitzung nach Neujahr beantworten.

Hierauf geht man zur Tagesordnung über. Auf derselben stehen:

1) Berathung der von den Abgeordneten Marks und Grumbrecht, Namens des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses, erstatteten drei Berichte über verschiedene an die verfassunggebende Reichs-Versammlung gelangte Petitionen und Eingaben.

2) Berathung über den vom Abgeordneten Carl, Namens des volkswirtschaftlichen Ausschusses, erstatteten Berichtes über Anträge und Petitionen, das Eisenbahn-Wesen betreffend.

3) Berathung der Namens des Ausschusses für Wehr-Angelegenheiten erstatteten Berichte: a) über zwei von dem Abgeordneten Heisterberg gestellte Anträge — erstattet vom Abgeordneten Stavenhagen; b) über mehrere Petitionen, Wehr-Angelegenheiten betreffend, erstattet vom Abgeordneten Teichert; — c) über die Petition der Schützengilde in Falkenberg, erstattet vom Abgeordneten Schleusing; d) über die Eingabe des Central-Vorstandes des allgemeinen Anhaltischen Schützen-Vereines in Dessau, — erstattet vom Abgeordneten Schleusing.

4) Berathung des vom Abgeordneten Kirchgeßner, Namens des Ausschusses für Geschäfts-Ordnung, erstatteten Berichtes über den Antrag des Abgeordneten Pinckert, die Präsidenten-Wahlen betreffend.

5) Berathung des vom Abgeordneten Höffen, Namens des völlerrechtlichen Ausschusses, erstatteten Berichtes über ein Gesuch des Pfarrers F. W. Schellenberg zu Gleeberg, Seelenverkauferi betreffend.

Eine Berathung findet nicht Statt. Die Anträge der Ausschüsse werden sämmtlich angenommen. Sie lauten bei Nr. 1 und 3 auf Tagesordnung, bei Nr. 2 auf Ueberweisung der Petitionen

an die Central-Gewalt, um dieselben bis zur Emanirung einer gemeinsamen deutschen Eisenbahn-Gesetzgebung in Erwägung zu ziehen. Bei Nr. 4 beantragt der Ausschuss: „Zur Wahl des Präsidenten und dessen Stellvertreter künftig fortlaufend numerirte Stimmzettel zur Einzeichnung des zu Wählenden an die Mitglieder der Reichs-Versammlung zu vertheilen — nach deren Einsammlung durch einige Mitglieder des Sekretariats ein Verzeichniß hierüber mit Aufführung der Nummer des Stimmzettels und des Gewählten anzufertigen, inzwischen aber mit den Gegenständen der Tagesordnung in der Reichs-Versammlung fortzufahren — nach erhabenem Resultate der Wahl den Gewählten in bisheriger Art von dem Vorsitzenden zu proclamiren.“ Bei Nr. 5 geht der Antrag dahin: „Die gedachte Bittschrift dem Reichs-Ministerium zur Ergreifung geeigneter Maßnahmen zu empfehlen.“

Nachdem der Volkswirtschaftliche Ausschuss wegen Vorlage der Gewerbe-Ordnung interpellirt worden war, wird die Sitzung um 11 Uhr geschlossen, und die Versammlung vertagt sich bis Mittwoch den 3. Januar.

Frankreich.

Paris, 29. Dec. Nachdem das Ministerium in der Frage über die Rechtmäßigkeit der dreifachen Ernennung Changarnier's, wenn auch keinen glänzenden, doch immer einen neuen Sieg in der Kammer davon getragen hat, ist ihm gleich darauf durch das Votum über die Salzsteuer ein empfindlicher Schlag versetzt worden. Ob die Assemblée nationale aus Taktik so gestimmt habe, damit man sie nicht gar zu nachgiebig glaube, wissen wir nicht; allein sie hätte jedenfalls besser und politischer gehandelt, dem Ministerium die Sanction einer Ernennung zu verweigern, deren Gesetzmäßigkeit sehr zu bestreiten ist, als ihm eine finanzielle Maßregel aufzubürden, gegen welche die Erfahrung und nach ihr die öffentliche Meinung entschieden hat. Wir halten das gestrige Votum für ein politisches, nicht seiner Intention nach — wir stimmen hierin dem „Journal des Debats“ bei — aber in seinen Folgen; denn wir glauben, daß das Ministerium, obwohl kaum aus Ruder gelangt, eine Modification erfahren, wenn nicht vielleicht ganz dadurch zu Falle kommen dürfte, und wir glauben ferner, daß dieses mit den Bedürfnissen und Wünschen des Landes im Widerspruch stehende Votum, welches dem Einzelnen einen unfühlbaren Vortheil gewährt, dem Staatschätze aber 46 Millionen entzieht, dem schon ziemlich zweideutigen Ansehen der Nat.-Vers. einen gewaltigen Stoß beibringen wird, in Folge dessen die Auflösung derselben als nahe bevorstehend anzusehen ist. Es lag ohnedies in dem Plane derer, welche uns zu 1830 oder noch weiter zurückführen möchten, die Assemblée nationale, als zu warm für Cavaignac, im Lande in Mißcredit zu bringen, und es haben sich namentlich die legitimistischen Blätter unmittelbar nach der Ernennung des Präsidenten in ihrer Eigenschaft als politische Maulwürfe, an die Arbeit gemacht, das Ansehen der National-Versammlung zu untergraben. Es ist ihnen dieses auch in den Departements, wo sie einen fast unbedingten Einfluß ausüben, recht sehr geglückt, und die Adressen, welche in dem Sinne der Auflösung von der Provinz an die Kammer gerichtet sind, mehren sich von Tag zu Tag; und wenn nun die nicht gut beratenden Deputirten durch Abstimmungen wie der gestrige noch selbst gegen sich arbeiten, so scheint der endliche Ausgang jener Untergrabungs-Politik nicht zweifelhaft. R. Z.

Italien.

Gaëta, 12. Dec. Der Papst hat an den Erzbischof von Paris, als Antwort auf dessen frühern Brief, ein Schreiben erlassen, welches wir nachstehend mittheilen:

„Ehrwürdiger Bruder!

Wir haben mit nicht geringer Freude vernommen, daß Ihre hochwürdige Geistlichkeit von glühendem und reinem Eifer beseelt ist, das weite Feld zu bebauen, welches Ihnen anvertraut ist. Was sie mir sagen von allen den Werken und Institutionen, womit die christliche Frömmigkeit und Liebe Ihre herrliche Stadt ausgezeichnet hat, worauf das Volk so viele Wohlthaten empfängt, hat Unser Herz gerührt.

Eben so glücklich waren Wir, aus Ihrem Schreiben die Gesinnungen kennen zu lernen, von welchen die ersten Personen der französischen Republik für die Religion beseelt sind. Damit unsere gemeinsamen Wünsche sich erfüllen, fahren Sie fort, ehrwürdiger Bruder, mit der ganzen Geistlichkeit und dem gesammten gläubigen Volke, fortbauende und inbrünstige Gebete an den Allerhöchsten zu richten, damit mitten unter all' den ernstesten Gefahren, wovon Wir umringt sind, Seine Allmacht uns beistehe und stärke, nachdem Wir alle Prüfungen des Unglücks überstanden, Seine Hand uns bald auf Unsern Stuhl zurückführe.“

Der Papst schließt sein Schreiben, indem er mit Herzensergießung den Prälaten, die Geistlichkeit und das Volk segnet.

Es geht uns nachstehende Adresse des Geheimen Ober-Tribunals in Berlin zu, worin dieser oberste Gerichtshof sich über die neue Verfassung ausspricht; dieselbe dürfte auch für hier nicht ohne Interesse sein.

Sm. Königlich Majestät haben dem Zustande der Ungewißheit über die künftige Verfassung des preussischen Staats, welche den letzteren der völligen Auflösung aller gesetzlichen Ordnung entgegenzuführen drohte, mit eben so viel Entschlossenheit als Weisheit ein Ende gemacht. Die Verfassungs-Urkunde vom 5ten d. M. gewährt nun den festen und zugleich